LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21172**

09.09.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8553 vom 4. August 2026
der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias und Markus Wagner AfD
Drucksache 18/20798

Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Sinan Selen, warnt vor Unterwanderung deutscher Institutionen durch Islamisten – Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Situation in NRW vor?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Wie durch einen Artikel der BILD bekannt wurde, soll Sinan Selen, der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, vor langfristigen Einflussversuchen islamistischer Organisationen auf Politik und Gesellschaft in Deutschland gewarnt haben. Im Mittelpunkt seiner Warnung steht die Muslimbruderschaft. Selen argumentiert, dass islamistische Netzwerke – insbesondere die Muslimbruderschaft – nach Einschätzung des Verfassungsschutzes nicht durch Gewalt, sondern durch langfristige, legale Einflussnahme auf Politiker, Institutionen und gesellschaftliche Akteure versuchen könnten, ihre politischen und religiösen Vorstellungen schrittweise stärker in Deutschland zu verankern.[1]

Interessant sind dabei Widersprüche zu vorherigen Aussagen. Einerseits habe die Bundesregierung erklärt, ihr liegen keine Erkenntnisse über eine gezielte Unterwanderung der Bundestagsparteien vor. Andererseits verweigere sie detaillierte Auskünfte zu Aktivitäten der Muslimbruderschaft mit Verweis auf den Schutz nachrichtendienstlicher Erkenntnisse. Diese Gegensätze stellen ein erklärungsbedürftiges Spannungsverhältnis dar.

Der Minister des Innern hat die Kleine Anfrage 8553 mit Schreiben vom 4. September 2026 namens der Landesregierung beantwortet.

1. Welche Landesbehörden, landeseigenen Einrichtungen oder durch das Land geförderten Institutionen unterhalten Kontakte zu Organisationen, die vom Verfassungsschutz dem Spektrum der Muslimbruderschaft zugerechnet werden?

2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung in der Vergangenheit ergriffen, um Beschäftigte der Landesverwaltung und Mandatsträger für Einflussstrategien des legalistischen Islamismus zu sensibilisieren?

[1] https://www.bild.de/politik/inland/bild-exklusiv-verfassungsschutz-chef-warnt-vor-unterwanderung-durch-islamisten-6a1fd680aa3fa782d146fea2

Datum des Originals: 04.09.2026/Ausgegeben: 15.09.2026

3. Wie bewertet die Landesregierung die Gefahr einer Einflussnahme durch legalistisch-islamistische Organisationen auf politische und gesellschaftliche Institutionen im Land?

4. Welche Informationen liegen der Landesregierung hierbei bezüglich einer Unterwanderung der in den Parlamenten vertretenen linken Parteien, also insbesondere von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Der Linken, vor?

5. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung ganz allgemein aus den jüngsten Warnungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz hinsichtlich möglicher Einflussversuche islamistischer Organisationen auf staatliche und gesellschaftliche Institutionen?

Die Fragen 1 bis 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Vor der Gefahr einer Einflussnahme durch legalistisch-islamistische Organisationen warnt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz bereits seit Jahrzehnten in seinen Veröffentlichungen und Vorträgen und tritt ihr auch durch gezielte Information von Behörden auf landes- und kommunaler Ebene mit Erfolg entgegen. Dabei wird im Rahmen der Extremismusprävention zur Sensibilisierung ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt und Präventionsangebote auf allen Ebenen bereitgestellt: Aufklärung, niedrigschwellige Interventionen bei beginnenden Radikalisierungsprozessen sowie Angebote zum Ausstieg aus extremistischen Szenen. Flankiert wird diese Arbeit durch die kontinuierliche Vernetzung und den fachlichen Austausch mit nordrhein-westfälischen Behörden, der Politik und der Zivilgesellschaft.
Der Landesregierung sind keine regelmäßigen Kontakte von Landesbehörden, von geförderten Institutionen oder landeseigenen Einrichtungen zu Organisationen, welche in enger Verbindung mit der Muslimbruderschaft stehen, bekannt. Aufgrund der hohen Anzahl an in Betracht kommenden Stellen kann im Einzelfall aber ein - jedenfalls nicht auf Dauer angelegter - Kontakt nicht ausgeschlossen werden.

Es wird insoweit die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz geteilt, dass die Muslimbrüderschaft grundsätzlich versucht, Einfluss auf politische Parteien zu nehmen. Was die im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Parteien anbelangt, liegen jedoch keine Erkenntnisse dafür vor, dass eine erfolgreiche Unterwanderung stattfindet.
Im Übrigen ist festzustellen, dass sogenannte legalistische islamistische Organisationen darum bemüht sind, gesellschaftlichen und politischen Einfluss zu erringen, um die Definitionshoheit über den Islam zugesprochen zu bekommen und sich als die legitimen Vertreter der Muslime in Nordrhein-Westfalen zu etablieren.

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Um gezielt Kommunen, Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen bei Fragen und Unsicherheiten im Umgang mit jeglicher Art von Extremismus zu unterstützen, wurde im Jahr 2014 das Präventionsprojekt „Kommunen gegen Extremismus“ ins Leben gerufen. Das Projekt zielt darauf ab, sämtlichen Formen von Extremismus bereits frühzeitig entgegenzuwirken. Zudem soll ein unkomplizierter Austausch und eine Informationsvermittlung gewährleistet werden. Bei dem Projekt arbeiten der polizeiliche Staatsschutz, der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz sowie die beteiligten Kommunen, Gemeinden, Städte und Kreise eng und vertrauensvoll zusammen.

Zur Islamismusprävention unterhält der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz außerdem neben Vorträgen und Fortbildungen weitere Präventionsprogramme, die grundsätzlich jeder Person in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen:

Das Programm „Wegweiser“ richtet sich an Personen, die bereits mit der islamistischen Szene sympathisieren oder sich dieser hinzuwenden drohen sowie an das jeweilige soziale Umfeld. Das Programm ist dezentral organisiert und wird, finanziert durch das Land, von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Trägerinnen und Trägern umgesetzt. Zu den Aufgaben gehört individuelle Beratung ebenso wie Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit. Mit insgesamt 24 regionalen Standorten ist das Programm landesweit ausgebaut und bietet darüber hinaus auch einen anonymen Chat als Kontaktmöglichkeit an.

In Nordrhein-Westfalen bietet das Aussteigerprogramm Islamismus (API) Unterstützung für Menschen an, die ihre extremistische Vergangenheit hinter sich lassen und ihr Leben künftig ohne die Prägung durch extremistische Denk- und Handlungsweisen eigenständig gestalten möchten. Das API begleitet seit 2014 Menschen aus dem islamistischen Umfeld und bietet Hilfe bei der psychosozialen Stabilisierung. Eine freiwillige Bereitschaft zur Teilnahme vorausgesetzt, wird in persönlichen Gesprächen individuelle Unterstützung geboten, um den Alltag eigenständig zu meistern und gleichzeitig an der Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit zu arbeiten.

Darüber hinaus wird im jährlichen Verfassungsschutzbericht sowie im „Lagebild Islamismus“ detailliert über sogenannte „legalistische“ islamistische Bestrebungen und ihre Organisationen berichtet.

Mit der neuen Online-Offensive „Auf dem Radar“ klärt der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen zudem über Extremismus, Terrorismus, Desinformation und Spionage auf. Dafür werden Kurzvideos, längere Hintergrundvideos und Podcast-Folgen zu allen Themenbereichen des Verfassungsschutzes produziert und auf den gängigen Plattformen wie Instagram, YouTube und Spotify veröffentlicht. Dazu gehören auch Islamismus-Themen. Diese neuen digitalen Inhalte sind Teil eines grundlegenden strategischen Wechsels in der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen.
Außerdem werden die kostenfreien Angebote für Schulen mit neukonzipierten Modulen zur Islamismusprävention wiederaufgenommen.

Das im Februar 2026 entwickelte Serious Game „Wer ist Bilal?“ sensibilisiert zudem speziell junge Menschen spielerisch für die Gefahren islamistischer Radikalisierung und stärkt deren digitale Resilienz.

Begleitende pädagogische Materialien unterstützen die Lehrkräfte bei der Einbindung in den Schulunterricht. Ziel ist es, das Projekt langfristig in die schulische sowie außerschulische Bildungsarbeit zu integrieren und die Medienkompetenz junger Menschen nachhaltig zu fördern.